

aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und junge, zum Teil noch unerfahrene Mitarbeiter mit diesen Aufgaben betraut werden müssen, verlangt eine wesentlich wirksamere erzieherische Einflußnahme sowie die politische und fachliche Qualifizierung der dafür Verantwortung tragenden staatlichen Leiter und APO-Sekretäre.

Bekanntlich sind die Eigenschaften eines guten Staatsfunktionärs wie Aufrichtigkeit, Konsequenz und Gerechtigkeit im Umgang mit den Menschen, die wissenschaftliche Arbeitsweise und hohe Staatsdisziplin keine in jedem Fall von vornherein vorhandenen oder gar angeborenen Faktoren: Deshalb muß gerade in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen der weiteren Befähigung und politisch-ideologischen Erziehung vor allem jener Mitarbeiter im Rat, die noch ein mangelndes Verhältnis im Umgang mit den Bürgern und den gesellschaftlichen Kräften entwickelt haben, die verstärkte Aufmerksamkeit der Leitung der Grundorganisation und des Rates gehören.

Erscheinungen, daß Bürger auf die Beantwortung an uns herangetragen Fragen und Probleme noch zu lange warten müssen, persönliche Konsultationen mit leitenden Mitarbeitern des Rates erst nach mehrfachem Mahnen zustande kommen, zeigen, daß noch mancher individueller Haltung und Auffassung mit Entschiedenheit entgegenzutreten ist.

### **Den persönlichen Kontakt verstärken**

Dafür tragen alle Genossen eine hohe persönliche Verantwortung. Diese Verantwortung gilt auch und gerade für die weitere Qualifizierung der Arbeit mit den Eingaben. Im Mittelpunkt steht dabei die weitere Befähigung der Mitarbeiter und Leiter, die in den Hinweisen, Vorschlägen und Kritiken der Bürger enthaltenen Anregungen schöpferisch aufzugreifen und alle Eingaben mit noch größerer politischer Sorgfalt zu bearbeiten und fristgemäß zu entscheiden.

Durch effektivere Leitungsformen des Rates, so zum Beispiel Rapporte, die monatliche Anleitung der Mitarbeiter der Wohnungspolitik durch den Stadtbezirks-Bürgermeister, die ständige Wertung der Eingabenarbeit in den Parteikollektiven, konnten Fortschritte erzielt werden. Mit 75 Prozent der Bürger werden dazu persönliche Gespräche geführt. Aber dieser Stand reicht noch nicht aus. Denn das heißt zugleich, daß mit jedem 4. Bürger noch nicht über sein Problem persönlich gesprochen wird. Wir müssen den persönlichen Kontakt zum Bürger verstärken, uns mehr vor Ort über die Lage informieren und damit den Prozeß der Entscheidungsfindung qualifizieren. Vor allem gilt es, die gesellschaftlichen Kräfte in den Wohngebieten noch stärker in die Erarbeitung der staatlichen Entscheidungen einzubeziehen.

Die Parteileitung hat bereits 1986 die staatliche Lei-

tung angeregt, Konzeptionen zu beschließen, die den verwaltungstechnischen Ablauf präzise gestalten und einen bürgernahen Arbeitsstil fördern. Seit November werden die Eingaben an den Bürgermeister und die Abteilung Wohnungspolitik/Wohnungswirtschaft täglich in das neugebildete zentrale Registrier- und Kontrollsystem des Rates eingegeben. Manuelle Arbeit entfällt, und es wird mehr Zeit frei für die individuelle Arbeit mit den Bürgern. Ab 1. Januar 1989 werden alle Eingaben an den Rat zentral erfaßt und kontrolliert. Damit entfällt eine rein subjektive und fachbezogene Bewertung der Eingabenarbeit.

1988 wurden im Stadtbezirk über 6 000 Eingaben bearbeitet. Davon betrafen 70 Prozent die Wohnraumversorgung sowie die Werterhaltung, Instandsetzung und Mängelbeseitigung. Territoriale Schwerpunkte waren dabei Gebiete mit einem hohem Altbauteil. Der hohe Anstieg der Zweit- und Mehrfach-Eingaben war wiederholt Gegenstand analytischer Untersuchungen des Rates und der Parteileitung. Geholfen hat uns dabei die 1986 gebildete Arbeitsgruppe „Eingabenarbeit“ der Parteileitung. Neben objektiven Bedingungen sind vor allem subjektive Verhaltensweisen Ursachen für Eingaben. Ein Beispiel: Durch das enge Nebeneinander von Alt- und Neubau nimmt die Differenziertheit in den Wohnbedingungen zu. Daraus erwachsen bei so manchem Bürger neue Ansprüche an hochwertigen innerstädtischen Wohnraum. So kommt es zum Widerspruch zwischen Wunsch und andererseits den vorhandenen volkswirtschaftlichen Möglichkeiten. Bei allem Verständnis: Auch hier gilt, daß nur das vergeben werden kann, was vorher erarbeitet wurde. Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 als soziales Problem heißt doch, daß bis 1990 jede Familie über angemessenen Wohnraum verfügt, der warm, sicher und trocken ist. Und das heißt noch nicht, jedem „seine“ Wohnung.

Auch künftig wird es so sein, daß sich nicht alles, was gewünscht, gefordert und vorgeschlagen wird, mit den vorhandenen volkswirtschaftlichen und kommunalen Möglichkeiten kurz- oder mittelfristig realisieren läßt.

Um so notwendiger wird es, dem persönlichen Gespräch bei der Beantwortung und Klärung an den Rat gerichteter Anliegen noch größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Maßstab unserer gesamten Tätigkeit werden die auf der 7. Tagung bekräftigten Erfordernisse für ein hohes Leistungswachstum und Bürgerwohl sein. Das heißt unter anderem, daß die Mitarbeiter des Rates, alle Ratsmitglieder und die Abgeordneten voran die Genossen - sehr aufmerksam alle Hinweise und Vorschläge der Bürger zur weiteren Ausprägung der sozialistischen Kommunalpolitik, so wie es Erich Honecker auf der 7. Tagung forderte, aufgreifen und entsprechend den Möglichkeiten gemeinsam mit den Bürgern realisiert werden.